

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES AM 18.04.2013

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 18.04.2013
Beginn: 18:10 Uhr
Ende: 19:40 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Marstaller

Vertretung für Herrn Klaus Günther

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Nicole Mahlmeister

Vertretung für Frau Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadträtin Jutta Wallrapp

Vertretung für Frau Barbara Wachter

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

ödp-Stadtratsgruppe

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Schriftführer/in

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Stadtplaner Torsten Fischer

Bauamtsleiter Oliver Graumann

Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Barbara Wachter

Gäste:

Stadträtin Stocker

Stadträtin Glos

Stadtrat Popp

Stadtrat Steinruck

Ortssprecherin Schlötter

Ortssprecher Pfrenzinger

2. Bürgermeister May

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

1. Anträge von Fraktionen und Gruppen

1.1. Antrag Freie Wähler - FBW Kitzingen e.V. vom 17.03.2013 Ersatzbeschaffung Sitzgruppe am Landschaftssee in Hohenfeld

beschlossen dafür 13 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Für die ca. 18 Jahre alten Sitzgruppen am Landschaftssee Hohenfeld wird Ersatz beschafft. Die Einzelheiten (Material, Form) werden mit den Beteiligten abgestimmt.
3. Die Finanzierung erfolgt über die Haushaltsstelle 1.5800.9350 (Ansatz 2013: 5.000,-- €, Reste aus 2012: 5.000,-- €).

2. Auftragsvergaben

2.1. Florian-Geyer-Halle Erneuerung der Warmwasserbereitung und der Duscharmaturen gemäß neuer Trinkwasserverordnung

Oberbürgermeister Müller verweist auf die nichtöffentliche Vorberatung und bittet um Beschlussfassung. Er sagt zu, dem Vorschlag von Stadtrat Schmidt auf Miterledigung der Umwälzpumpen nachzugehen und entsprechende Nachtragsangebote einzuholen.

beschlossen dafür 12 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der gesetzlichen Trinkwasser-verordnung (Novellierung 2011) werden durchgeführt.
3. Die nachfolgenden Firmen werden mit der Ausführung der Arbeiten beauftragt:
 - a) Mit den Heizungsarbeiten wird die Firma Vielweber, Kitzingen beauftragt.
Die Brutto-Auftragssumme beträgt 20.237,45 €.
 - b) Mit den Sanitärarbeiten wird die Firma Gaiser, Kitzingen beauftragt.
Die Brutto-Auftragssumme beträgt 18.630,66 €.
 - c) Mit den Wärmedämmarbeiten wird die Firma Dämmtec, Wiesentheid beauftragt.
Die Brutto-Auftragssumme beträgt 1.706,63 €.
 - d) Mit der Lieferung der Dusch- und Auslaufarmaturen wird die Firma Ginger KG, Würzburg beauftragt.
Die Brutto-Auftragssumme beträgt 11.564,28 €.
 - e) Für die Projektierung HLS durch das Planungsbüro Leibold, Volkach, werden Mittel in Höhe von 12.000,00 € zur Verfügung gestellt.
4. Zu den im Entwurf des Verwaltungshaushalts 2013 eingeplanten Mitteln bei der Haushaltsstelle 0.5651.5041 von 33.000,00 €, werden weitere 32.000,00 € bewilligt.

Auf Grund der Dringlichkeit der Maßnahme wird bereits während der haushaltslosen Zeit mit den Arbeiten begonnen.

**3. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Stadtumbau West";
Kommunales Förderprogramm der Stadt Kitzingen;
Zuschussantrag von Frau Johanna Fessler auf Förderung von Gerüstbau-
und Dachdeckerarbeiten einschl. Dachentwässerung am Anwesen Bis-
marckstr. 17**

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Für Gerüstbau- und Dachdeckerarbeiten einschl. Dachentwässerung am Anwesen Bismarckstr. 17, Bauherrin: Johanna Fessler, wird ein Zuschuss in Höhe von 10.000 € aus dem Kommunalen Förderprogramm der Stadt Kitzingen gewährt.

Der Zuschuss wird gemäß § 4 Abs. 1 des Kommunalen Förderprogramms ausbezahlt, wenn der Haushalt 2013 rechtskräftig ist.

4. **Bildung von Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgaberesten des Haushaltsjahres 2012 zur Übertragung in das Haushaltsjahr 2013**

Stadtkämmerer Weber verweist auf die vorliegende Resteliste, die per Beschluss auf das Haushaltsjahr 2013 übertragen werden müsse.

Stadträtin Wallrapp möchte mit Blick auf die Übertragung der Reste zur Maßnahme

D. Paul-Eber-Schule wissen, ob hierzu noch Schlussrechnungen ausstehend seien.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dies zu prüfen.

Im Folgenden wundern sich die zu wortmeldenden Stadträte über die notwendige Beschlussfassung sowie über Beschlussfassung bevor der Haushalt beschlossen sei. Man könne die Liste lediglich zur Kenntnis nehmen.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass der Haushalt 2012 abgeschlossen sei und man insofern die Reste bereits übertragen könne.

beschlossen dafür 8 dagegen 5

I. Haushaltseinnahmereste

Die beim Sachbuchabschluss für das Haushaltsjahr 2012 noch nicht angeordneten Einnahmen des Vermögenshaushalts werden in Höhe von 1.700.000 € als Haushaltseinnahmereste in das Haushaltsjahr 2013 übertragen.

II. Haushaltsausgabereste

Die beim Sachbuchabschluss für das Haushaltsjahr 2012 noch nicht verbrauchten Ausgabemittel des Vermögenshaushalts werden in Höhe der folgenden Beträge als Haushaltsausgabereste in das Haushaltsjahr 2013 übertragen:

Alte Reste	1.862.688,02 €
Neue Reste	<u>5.930.756,77 €</u>
Haushaltsausgabereste insgesamt	<u>7.793.444,79 €</u>

5. **Betriebserweiterung der Fa. Ditec**

Bauamtsleiter Graumann geht ausführlich auf die geplante Grundstückserweiterung der Firma Ditec ein und verweist auf die notwendige Befreiung (Errichtung auf dem Grünstreifen) vom Bebauungsplan.

Stadtrat Schmidt als Referent für Wirtschaft und Konversion freut sich, dass die Firma Ditec als Kitzinger Traditionsunternehmen am Standort Kitzingen verbleiben möchte und spricht sich für die Befreiung aus. Er verweist auf die Grundstücke, die südwestlich angrenzen und im Besitz der Stadt Kitzingen sind und möchte wissen, wie diese zukünftig erschlossen werden sollen.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass eine Erschließung der Grundstücke in Zukunft möglich sei.

Darüber hinaus verweist Stadtrat Schmidt auf die Parkplätze der Firma Ditec und regt an, direkt einen Gehweg einzuplanen, so dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht unnötig um die Grundstücke herumlaufen müssen.

In folgender Abfrage der Fraktionen und Gruppen stimmen alle Redner dem Vorhaben zu.

Bürgermeister Christof möchte wissen, ob Ausgleichsflächen von der Firma Ditec zu schaffen sind.

Bauamtsleiter Graumann verneint dies und erklärt, dass es sich um einen bestehenden Bebauungsplan handle und der Ausgleich insofern bereits vorgesehen sei.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Bauvorhaben wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt das Bauvorhaben gemäß den vorgestellten Planungen aus bauplanungsrechtlicher Sicht zu ermöglichen und die notwendigen Befreiungen vom Bebauungsplan im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu erteilen.

6. Rahmenplan für den Kitzinger Stadtteil Etwashausen

Stadtplaner Fischer geht ausführlich auf den Rahmenplan für den Stadtteil Etwashausen ein und verweist auf die vielen Veränderungen, die sich auf Etwashausen auswirken (Schließung Alte Mainbrücke, Tangentenschluss, Flächen NIK). Darüber hinaus sei aufgrund der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes mit Blick auf die Hochwasserlinie eine Bauleitplanung in diesem Bereich von Etwashausen nicht mehr möglich, weshalb die Verwaltung die vorliegende informelle Planung erstellt hat.

Er verweist auf die Flächen, bei denen gegenwärtig eine Bebauung nach Art. 34 BauGB problemlos möglich sei und beziffert diese Flächen auf 8 ha.

Darüber hinaus verweist er auf Flächen z. B. im Bereich des ehem. Bahnhofes in Etwashausen, die mit einem Bebauungsplan entsprechend überplant werden könnten. Hier sei beispielsweise eine gewerbliche Nutzung denkbar.

Darüber hinaus verweist er auf verschiedene Straßenbau bzw. Gestaltungsmaßnahmen, die für den Stadtteil Etwashausen denkbar wären (z. B. Richthofenstraße, Durchgang Gartenstraße zum Main).

Er erklärt, dass der Rahmenplan in der nächsten Bürgerversammlung in Etwashausen vorgestellt werde und die Verwaltung bereits verschiedene Maßnahmen priorisiert habe z. B.

- Ermittlung und Ausweisung neuen Retentionsraum im Rahmen der Erstellung des gesamtstädtischen Ökokontos
- Forcierung des Kreuzungsumbaus B8 – Mainbernheimer Straße gemeinsam mit dem staatlichen Bauamt
- Parkraumbewirtschaftung des Parkplatzes Bleichwasen mit Blick auf den

Verkehrsentwicklungsplan u. a.

Das Ziel des Rahmenplans sei es das Zentrum von Etwashausen zu stärken.

Stadträtin Wallrapp verweist auf die Potentialflächen im Bereich des Bahnhofs von Etwashausen und möchte wissen, welche Art von Gewerbe an dieser Stelle denkbar sei. Sie erklärt, dass dieses Gebiet nur unweit von der bestehenden Wohnbebauung entfernt sei. Darüber hinaus erklärt sie, dass sich dieser Bereich als Grünanlage eignen würde.

Stadtplaner Fischer erklärt, dass die Kennzeichnung im Rahmenplan nicht automatisch bedeute, dass dort ein Gewerbegebiet entstehe. Mit Blick auf das Einzelhandelskonzept sei ggf. ein Nahversorger denkbar. Aber auch hochwertiges Gewerbe wäre vorstellbar. Eine Grünanlage könne dabei auch integriert werden.

Stadträtin Wallrapp verweist auf bereits frühere Planungen in diesem Bereich, die seitens der Regierung von Unterfranken aufgrund der Hochwasserlinie nicht genehmigt wurden.

Stadtplaner Fischer verweist auf die Hochwasserlinie und erklärt, dass gleichwohl im Einzelfall Maßnahmen nach Art 34 BauBG möglich seien, lediglich Bauleitplanverfahren könnten nicht abgeschlossen werden.

Stadtrat Schmidt bittet im Plan die einzelnen Linien nicht parzellgenau darzustellen, nicht dass der Eindruck entsteht, das Eine oder Andere Grundstück gehöre zu diesem oder jenem Bereich.

Stadtplaner Fischer sagt zu, dies im Plan gestalterisch zu ändern.

Hinsichtlich des Retentionsraums schlägt Stadtrat Schmidt vor, eine größere Fläche zu ermitteln bzw. zu suchen, da dies sinnvoller sei, als viele kleine Teilflächen.

Darüber hinaus verweist Stadtrat Schmidt auf ein wasserrechtliches Verfahren, welches bei den Baugenehmigungsverfahren im Rahmen eines Bebauungsplans durchgeführt werden musste. Seiner Auffassung nach sei die wasserrechtliche Prüfung bereits im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgt, weshalb dies bei der Baugenehmigung entfallen könne.

Stadtplaner Fischer erklärt hinsichtlich des Retentionsraumes, dass für die gesamte Stadt Kitzingen das Baulandpotential betrachtet werden müsse und anschließend der Retentionsraum festgelegt werden müsse. Für den Bereich von Etwashausen seien bereits verschiedene Flächen angesetzt.

Hinsichtlich des wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens stellt er dar, dass die Wasserbehörde stets angehört wurde und er prüfen werde, ob es sich diesbezüglich möglicherweise eine neue Gesetzesregelung ergeben habe.

Stadtrat Schmidt verweist auf den Bereich der Albertshöfer Straße, der seiner Auffassung nach auch als potentiell Bauland nach Art 34 BauGB festgelegt werden könnte.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Diskussion in diesem Zusammenhang und weist darauf hin, dass diese Flächen im Außenbereich liegen und nur über ein Bebauungsplanverfahren zu Bauland erklärt werden könnten, was jedoch aufgrund der Hochwasserlinie nicht möglich sei.

Bürgermeister Christof möchte wissen, weshalb die Verwaltung diesen Rahmenplan erstellt habe und weshalb der vorliegende Gebietsumgriff gewählt wurde, nach der Umgriff auch in Richtung Großlangheim hätte ausgeweitet werden können. Er möchte außerdem wissen, welche Bindungswirkung der Rahmenplan

habe.

Stadtplaner Fischer erklärt, dass aufgrund der vielen Veränderungen in Etwashausen eine informelle Planung nötig sei, auch mit Blick darauf, dass viele landwirtschaftliche Flächen nicht mehr genutzt werden und für eine mögliche Bebauung in Rede stehen. Man erhalte einen Überblick, an welcher Stelle Baupotential bestehe und könne insofern steuernd eingreifen.

Bauamtsleiter Graumann erklärt hinsichtlich des Gebietsumgriff, dass die Verwaltung gegenwärtig keinen Bedarf beispielsweise an den Flächen in Richtung Großlangheim gesehen habe. Eine Bindungswirkung nach Außen habe der Rahmenplan nicht. Er diene lediglich als Leitfaden für die Verwaltung.

Bürgermeister Christof verweist auf das Gewerbepotential im Bereich des Bahnhof Etwashausen und gibt die Notwendigkeit zu Bedenken. Er möchte wissen, ob diese Planung mit der Regierung von Unterfranken abgestimmt sei.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass an dieser Stelle kein Gewerbegebiet entstehen soll, der Rahmenplan zeige lediglich ein Entwicklungspotential. Mit Blick auf den umliegenden Bestand sei gehobenes nichtstörendes Gewerbe bzw. ein Mischgebiet denkbar.

Bürgermeister Christof bezieht sich nun auf die möglichen Baumaßnahmen (z. B. Umbau Richthofenstraße), die im Rahmenplan angesprochen sind und gibt ebenfalls die Notwendigkeit zu Bedenken. Hier fehle darüber hinaus eine Einplanung von Mitteln im Haushalt.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die benannten Straßen mit dem Abzug der Amerikaner sowie dem Tangentenschluss einen anderen Charakter erhalten hätten. Es sei lediglich eine Planung im Rahmenplan, ohne dass die Festlegung bereits dem Maßnahmebeschluss gleichkomme.

Bürgermeister Christof kritisiert, dass die Verwaltung einen Plan erstellt habe, über dessen Inhalt keine Diskussion erfolgen dürfe.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf den vorherigen versandt der Rahmenplanung, mit der Möglichkeit der Fraktionen und Gruppen, Änderungswünsche einzureichen. Rückmeldung kam lediglich von einer Fraktion.

Bürgermeister Christof bezieht sich abschließend auf das Ökokonto und kritisiert, dass der Auftrag nach außen vergeben werde und der Stadtrat nach der Erarbeitung keine Möglichkeit mehr habe, steuernd einzugreifen. Seiner Auffassung nach sollte ein erster Vorschlag der Firma im Gremium beraten und im Anschluss mit den Verbänden sowie den Trägern öffentlicher Belange abgestimmt werden. Er möchte wissen, wer den Auftrag erhalten habe und weshalb der Finanzausschuss hierüber nicht Beschluss gefasst habe.

Stadtplaner Fischer erklärt, dass der Stadtrat insofern eingreifen könne, dass er letztlich über die Ergebnisse beschlussfassen müsse. Im Übrigen seien die benannten Schritte der Abstimmung mit den Verbänden vorgesehen. Den Auftrag habe die Firma arc.grün, Kitzingen erhalten und lag in der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters.

Stadtrat Moser empfindet den Rahmenplan für Etwashausen sehr positiv und bedankt sich bei der Verwaltung für die Arbeit. Es zeigt, dass im Stadtteil Etwashausen sehr viel Potential stecke. Eine derartige Planung würde er sich auch für andere Bereiche wünschen.

Stadträtin Richter stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

beschlossen dafür 8 dagegen 5

Mit dem Antrag von Stadträtin Richter auf Schluss der Debatte besteht Einverständnis.

Stadträtin Dr. Endres-Paul bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für diese Planung, die ein strukturiertes Arbeiten ermöglicht. Sie wird dem Rahmenplan zustimmen.

Stadtrat Schmidt erklärt, dass die UsW sonst Rahmenplänen sehr kritisch gegenüberstand, diesem Rahmenplan jedoch die Zustimmung geben könne, nachdem die Baulandpotentiale für Etwashausen aufgezeigt werden.

Bürgermeister Christof bittet, den Punkt in die Fraktionen und Gruppen zu geben und eine Entscheidung in der Sitzung am 25.04.2013 herbeizuführen.

Ohne Abstimmung

Die Angelegenheit wird in die Fraktionen und Gruppen verwiesen.

7. Sonstiges

7.1. Anfrage von Bürgermeister Christof Übermittlung des Ergebnisses zum Bürgerbegehren an die BIMA

Bürgermeister Christof möchte wissen, ob das Ergebnis der Beschlussfassung zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens der BIMA bereits mitgeteilt wurde.

Oberbürgermeister Müller verneint dies.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass die Definition der BIMA bezüglich „Erstzugriffsrecht“ bzw. „Bieterverfahren“ von den Äußerungen, die die Stadträte in der Sitzung am 11.04.2013 getroffen habe, auseinander gehen.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 19:40 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt